

An die Medien in Bielefeld

16. Oktober 2017

Bei Rückfragen: Marcus Stichmann
stichmann@stiftung-solidaritaet.de
T. 0521 - 2996 444

Pressemitteilung

Mehr Beschäftigungsmöglichkeiten und soziale Teilhabe für Arbeitslose gefordert

Bielefeld, 16.10.2017

Der aktuelle Arbeitslosenreport der Freien Wohlfahrtspflege in NRW belegt: seit 2009 wurde die öffentlich geförderte Beschäftigung für Menschen im Hartz-IV-Bezug drastisch reduziert. Gleiches gilt auch für Bielefeld.

Der aktuelle Arbeitslosenreport zeigt auf, dass die in offiziellen Verlautbarungen zum Arbeitsmarkt genannte Zahl der Langzeitarbeitslosen das tatsächliche Ausmaß der verfestigten Langzeitarbeitslosigkeit verschleiert. Denn viele sog. Langzeitleistungsbezieher, also Menschen, die in den vergangenen 24 Monaten wenigstens 21 Monate Hartz-IV-Leistungen bezogen haben, werden nicht als Langzeitarbeitslose in der Statistik aufgeführt. Sind Langzeitleistungsbezieher beispielsweise krankgeschrieben oder nehmen an einer Maßnahme der Arbeitsförderung teil, werden sie nicht mehr als Langzeitarbeitslose geführt. Obwohl sich an ihrer Langzeitarbeitslosigkeit nichts geändert hat gelten sie von neuem 12 Monate lang nur als arbeitslos.

Das erklärt, warum es NRW-weit zuletzt zweieinhalbmal so viele Langzeitleistungsbezieher wie Langzeitarbeitslose gibt. Auch für Bielefeld weisen die Daten des Arbeitslosenreportes in 2017 eine sehr deutliche Diskrepanz von 18.827 Langzeitleistungsbeziehenden (April 2017) und „nur“ 6.428 Langzeitarbeitslosen (Juli 2017) nach.

Die Freie Wohlfahrtspflege stellt deshalb in ihrem Arbeitslosenreport die Langzeitarbeitslosigkeit als ausschlaggebendes Zugangskriterium für öffentlich geförderte Beschäftigung grundsätzlich in Frage.

Die im Arbeitslosenreport für NRW aufgezeigte Entwicklung bei den Teilnehmerzahlen an öffentlich geförderter Beschäftigung lässt sich auch für Bielefeld bestätigen. Haben 2009 noch 938 erwerbsfähige Hilfebedürftige eine öffentlich geförderte Beschäftigung angeboten bekommen, waren dies im Jahre 2017 nur noch 445 Teilnehmende – ein Rückgang um 52,5%.

Anschrift

Walther-Rathenau-Str. 62
33602 Bielefeld
Tel. (05 21) 2996 444

www.stiftung-solidaritaet.de

Bankverbindung

Sparkasse Bielefeld
IBAN
DE72 4805 0161 0000 0791 11
BIC
SPBIDE33XXX

Vorstand

Franz Schaible (Vors.)
Prof. Dr. A. Beaugrand
Marcus Stichmann

Kuratorium

Harry Domnik (Vors.)
Annelie Buntenbach, Günter
Garbrecht, Prof. Dr. Holger
Hoffman, Manfred Hunger,
Norbert Müller, Ingo Nürnberger,
Heidi Schaible, Martina Tiltmann

Mitgliedschaften



Einen weiteren Einbruch verzeichnet Bielefeld im Bereich der Arbeitsgelegenheiten (AGH, sog. „1-Euro-Jobs“). Hier gab es im Vergleich von 2009 und 2017 insgesamt 359 weniger Teilnehmende, ein Rückgang von 58,9%.

„Wir brauchen“, so Marcus Stichmann, Vorstand der Bielefelder Stiftung Solidarität bei Arbeitslosigkeit und Armut, „nicht weniger Anstrengungen bei der öffentlich geförderten Beschäftigung, sondern mit Blick auf die Verfestigung der Sockelarbeitslosigkeit deutlich mehr. Auch unser Jobcenter in Bielefeld benötigt dafür vom Bund erheblich höhere Zuweisungen zweckgebundener Eingliederungsmittel, um langfristige öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse einrichten zu können.“

Dass öffentlich geförderte Beschäftigung erfolgreich sein kann, zeigen Projekte öffentlich geförderter Beschäftigung, in denen Teilnehmende eine intensive soziale Begleitung und Unterstützung am Arbeitsplatz erhalten. „Zunehmend schwieriger wird es, Teilnehmende wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Daher braucht es Sozialunternehmen, die nach dem Vorbild der Integrationsunternehmen für Menschen mit Behinderungen sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze für besonders benachteiligte Langzeitarbeitslose, schaffen“ fordert die Stiftung Solidarität in einer Presseerklärung. Finanziert werden könne ein solcher sozialer Arbeitsmarkt über den sog. „Passiv-Aktiv-Transfer“, in dem das eingesparte Arbeitslosengeld und die Fördermittel für die Unterkunftskosten zur teilweisen Finanzierung des Arbeitsplatzes eines vormals Langzeitarbeitslosen verwandt werden.

Hintergrund:

Die **Wohlfahrtsverbände in NRW** veröffentlichen mehrmals jährlich den **„Arbeitslosenreport NRW“**. Darin enthalten sind aktuelle Zahlen und Analysen für Nordrhein-Westfalen; Basis sind Daten der offiziellen Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Jede Ausgabe widmet sich einem Schwerpunktthema. Hinzu kommen Kennzahlen zu Unterbeschäftigung, Langzeitarbeitslosigkeit und SBGII-Hilfequoten, um längerfristige Entwicklungen sichtbar zu machen. Der Arbeitslosenreport NRW sowie übersichtliche Datenblätter mit regionalen Zahlen können im Internet unter <http://www.arbeitslosenreport-nrw.de/> heruntergeladen werden. Der Arbeitslosenreport NRW ist ein Kooperationsprojekt der Freien Wohlfahrtspflege NRW mit dem Institut für Sozialpolitik und Arbeitsmarktforschung (ISAM) der Hochschule Koblenz. Ziel der regelmäßigen Veröffentlichung ist es, den öffentlichen Fokus auf das Thema Arbeitslosigkeit als wesentliche Ursache von Armut und sozialer Ausgrenzung zu lenken, die offizielle Arbeitsmarkt-Berichterstattung kritisch zu hinterfragen und dabei insbesondere die Situation in Nordrhein-Westfalen zu beleuchten.

Die Bielefelder **„Stiftung Solidarität bei Arbeitslosigkeit und Armut“**, Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband, wertet die Daten des Arbeitslosenreports für die lokale Ebene in **Bielefeld** aus.